

REDE VON RAINER NIKOWITZ ZUR FEIER DES EUROPATAGES AM 6. 5. 2010 IN WIEN

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Nettozahler und Bankenretter!

Ich darf Sie zur Feier des diesjährigen Europatages sehr herzlich begrüßen und möchte dies dem Anlass entsprechend auch gleich in mehreren EU-Sprachen tun:

Guten Morgen! Good morning! Bonjour! Buenos dias!

Oder, um auch die Sprache eines Landes zu verwenden, das derzeit praktisch alle Beliebtheitsrankings quer durch Europa überlegen anführt und von dem jetzt schon klar ist, dass es beim heurigen Song-Contest die maximal mögliche Punkteanzahl erreichen wird:

Kalimera!

Das ist, wie Sie sicher erkannt haben, Griechisch und stellt übersetzt einen ebenso eindringlichen wie wunderschönen Appell an die europäische Solidarität dar. Nämlich:

Gib mir sofort dein Geld oder du wirst gleich sehen, was man mit einem Souvlaki-Spieß noch alles machen kann!

Wir feiern ja heute den 60. Jahrestag der Schuman-Erklärung und damit quasi den 60. Geburtstag der EU. Das sollte man gerade angesichts der Ereignisse der letzten Tage und Wochen nicht vergessen, denn wer 60 ist - das muss kann man bei dem heutzutage grassierenden Jugendwahn ja wirklich auch einmal sagen - wer 60 ist, der darf mit Fug und Recht alt ausschauen.

Es scheint mir auch passend, dass der heurige Europatag erstmals in diesem schönen neuen Haus hier begangen wird. An dieser Stelle stand ja früher die Zentrale des ÖGB. Der musste dann übersiedeln – hat aber immerhin seine Finanzprobleme schon hinter sich. Und das kann in Zeiten wie diesen nicht jeder von sich behaupten...

Mir wurde also heuer von den mutigen Veranstaltern die schwierige Aufgabe zugedacht, eine Rede zu halten, die gegenüber den Reden bei früheren Europatagen nicht allzu sehr abfällt. Man erwartet von mir, ebenso geistreich zu sein, wie mein Vorredner Franz Fischler – was ausgesprochen schwierig ist - und ebenso lustig wie meine Vorrednerin Benita Ferrero-Waldner – was natürlich vollkommen unmöglich ist.

Mein Thema lautet: „Das Verhältnis der Österreicher zur EU“. Als ich nun einem Freund davon erzählte, meinte der nur: „Wozu brauchen Sie da dich? Lesen die keine Krone?“

Damit hat der Mann natürlich an sich vollkommen recht. Man hätte sich einfach eine Kronenzeitung besorgen können, angesichts der momentanen wirtschaftlichen Situation vielleicht sogar budgetschonend an einem Sonntag, also an dem Tag, an wenn sie umsonst und gratis ist.

Und Hausherr Richard Kühnel könnte jetzt an meiner Stelle hier stehen und einfach die Leserbriefe des Tages zum in der Krone so genannten „EU-Theater“ vorlesen.

Rund drei Millionen Österreicher lesen die Krone – und wenn man die Dunkelziffer derer einberechnet, die es nicht zugeben, weil sie sich genieren, noch um einige mehr – damit ist die Krone in Relation zur Einwohnerzahl die größte Zeitung der Welt. Was da drinsteht, kann man also durchaus als Volkes Stimme bezeichnen.

Allerdings hält sich ja das hartnäckige Gerücht, dass manche dieser Leserbriefe, in denen voller Empörung gegen die EU angeschrieben wird, gar nicht echt seien, sondern dass sie der Herausgeber der Kronen-Zeitung, Hans Dichand, höchstselbst verfasst.

Das stimmt natürlich nicht. Und dafür gibt es einen hochkarätigen Zeugen:

Bundeskanzler Werner Faymann wird Ihnen sicherlich gerne eidesstattlich versichern, dass er seinen berühmt gewordenen Leserbrief an die Krone, in dem sinngemäß drinstand:

„Sehr geehrter Herr Herausgeber! I brauch ja die EU eigentlich a net“ selbstverständlich eigenhändig verfasst hat.

Ja! Dichand hat diktiert, Faymann stenografiert. So war das.

Im Moment befassen sich diese Briefe klarerweise nur mit einem Thema - und das kann man nun wirklich niemandem verdenken.

Von der ursprünglich öfters artikulierten Forderung, Griechenland solle uns doch im Gegenzug für die nun erfolgende Geldspritze ein paar seiner Inseln überschreiben hört man in der Zwischenzeit zwar wieder etwas weniger, dennoch ist es nur eine Frage der Zeit bis Hans Dichand mit einem aufsehenerregenden Notariatsakt Barbara Rosenkranz

1. als neue Aphrodite und
2. als neue Präsidentin Griechenlands vereidigt.

Und da kommen dann die Inseln doch wieder ins Spiel. Zumindest eine. Denn als ersten Akt ihrer Regierungstätigkeit wird Frau Rosenkranz ganz Korfu zur Hundezone erklären.

Und zwar ohne Sackerl fürs Gackerl.

Jetzt fragen Sie sich vielleicht: Warum ausgerechnet Korfu?

Ja, sehen Sie, da fängt es jetzt schon an: Das viel beklagte Informationsdefizit der Österreicher in Sachen EU.

Österreich hat am 24. Juni 1994 den EU-Beitrittsvertrag unterzeichnet. Und wo? Auf Korfu! In Griechenland!

Das kann kein Zufall sein. So, wie sich die Dinge in der Zwischenzeit entwickelt haben, muss davon ausgegangen werden, dass damals nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Möglicherweise war sogar eine schwere Drohung mittels einer vorgehaltene Ouzo-Flasche mit im Spiel!

Den Griechen ist ja alles zuzutrauen.

Bedenken wir einmal: Wie sind sie denn die Griechen bitte zum Euro gekommen? Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Wir hätten es wissen müssen. Und zwar nicht einmal nur aufgrund irgendwelcher Wirtschaftsexpertisen. Schon solides Halbwissen über die griechische Mythologie hätte genügt.

Zeus, der griechische Göttervater, war ja eigentlich kein guter. Und das bewies er nicht zuletzt bei seiner Eroberung Europas. Er näherte sich der von ihm begehrten Jungfrau in Gestalt eines kraftstrotzenden Stiers. Dann entführte er sie - und drehte ihr in der Folge gleich drei uneheliche Kinder an. Dass er für die jemals Alimente bezahlt hätte, ist nicht überliefert.

Und nachdem das schon einmal so gut geklappt hat, haben sich die Griechen halt gesagt: Wisst's was? Probieren wir's doch noch einmal!

Immerhin ist das vorhin angesprochene Informationsdefizit der Österreicher in Sachen EU im Zuge der aktuellen Griechenland-Krise ein bisschen kleiner geworden. Jetzt wissen wir, was die EU gerade tut. Und wir wissen auch, was sie damals bei der Euro-Einführung getan hat. Wenn ich jetzt von Robert Lembke dazu angehalten würde, eine typische Handbewegung zu dieser Tätigkeit zu machen, sähe die in etwa so aus:

(Hand vor den Augen)

Und dann die beinharten Sanktionen, die die EU immer schon gegen Defizitsünder verhängt hat! Also gegen jene, die die berühmte Maastricht-Grenze mit den drei Prozent Defizit überschritten haben. Diese Sanktionen sahen so aus:

Wer über drei Prozent war, den schaute Jose Manuel Barroso aber bitte voll böse an.

Wer über vier war, der musste sich beim Mittagessen neben Silvio Berlusconi setzen.

Und als ob das nicht unmenschlich genug gewesen wäre: Wer über fünf war, für den machte Angela Merkel einen Termin bei ihrem Friseur aus.

Aber die Probleme beim sagen wir einmal ausbaufähigen Verhältnis zwischen den Österreichern und der EU haben ja nicht erst mit Griechenland angefangen. Ob es jetzt Schengen war – und ist – oder die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei oder auch nur Schildläuse im Joghurt – die Österreicher haben mit praktisch allem ein Problem, was aus Brüssel kommt.

Denken wir nur an den Vertrag von Lissabon. Wild umfehdet, heiß umstritten. Auch bei uns. Wenn in Österreich, ebenso wie in Irland, eine Volksabstimmung abgehalten worden wäre, wären wir vermutlich gerade dabei, die dritte Wiederholung vorzubereiten. Und die hätte im Moment ja wirklich die allergrößten Aussichten auf Erfolg.

Die Debatte um den Vertrag von Lissabon war ja von großer Sachlichkeit geprägt. Und Sie hat sogar noch in den kürzlich leider zu Ende gegangenen Bundespräsidentenwahlkampf – er war ja so aufregend, dass man ihn gerne länger gehabt hätte – hineingespielt. Die FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz strich als eines der herausragendsten Argumente, sie zu wählen, nämlich heraus: Sie hätte den Vertrag von Lissabon nicht unterschrieben. Und das ist ja auch kein Wunder. Denn in der Wahrnehmung vieler, wenn nicht der meisten Österreicher, lauten die wichtigsten Punkte dieses Vertrages ungefähr folgendermaßen:

Art. 46 (1): Österreich hat bekanntlich viel zu viel Wasser. Es wird daher mit sofortiger Wirkung verpflichtet, die Hälfte des ansonsten sinnlos die Donau hinunter rinnenden kühlen Nasses nach Südspanien zu leiten, damit dort in von illegalen Marokkanern betreuten Plantagen pestizidverseuchte und nach abgestandener Luft schmeckende Erdbeeren zu gigantischer Größe aufgeblasen werden können. Die hierfür nötige Pipeline können besagte Illegale auch gleich als Leitsystem für das Einsickern in Österreich benützen – indem sie ihr einfach nachgehen. Hiezu sind sie von den spanischen Behörden im

Sinne der gesamteuropäischen Solidarität in Flüchtlingsfragen im Übrigen ausdrücklich zu ermuntern.

Art. 72 (4): Ein Österreicher, der sich trotz bereits erfolgter Abmahnung durch einen Hamburger Verkehrspolizisten oder aber auch einen Luxemburger Lusterputzer hartnäckig uneuropäisch weigert, Konfitüre oder Kartoffel zu sagen, wird mit Nettzahlung in der Höhe des Gehalts eines überflüssigen Europa-Abgeordneten bestraft. Das Wiener Schnitzel darf weiterhin so heißen, allerdings nur mehr aus hormonüberfrachteten Schweinen aus bulgarischen Ex-Kolchosen, britischem Kalbfleisch von wahnsinnigen Mutterkühen oder überhaupt mittels Atomstromes gentechnisch verändertem Soja-Abfall hergestellt werden. Bei Verstoß hiegegen wird Österreich die Nationalflagge entzogen und die lettische doppelt verwendet.

Art. 124 (2): Die Sonnenscheinstunden über dem Kärntner Seengebiet werden um 25 Prozent gekürzt. Das solcherart freigewordene Kontingent wird dem finnischen Lappland zugewiesen. Dort gibt es zwar kaum Menschen, aber Rentiere sind der Kommission klarerweise allemal wichtiger als Kärntner.

Art. 166 (5): Georgischen Autoknackern, die sich aufgrund ihrer Unwissenheit an nicht standesgemäßen Fahrzeugen abmühen, ist von speziell geschultem, zweisprachigem Wachpersonal der Weg zum nächsten BMW zu zeigen. Der dabei zusätzlich entstehende Zeitaufwand verlängert ein eventuell laufendes Asylverfahren natürlich entsprechend.

Art. 272 (3): Auf österreichischen Autobahnen gilt ab sofort folgende Straßenverkehrsordnung: Die rechte Spur ist für stinkende Ost-LKWs reserviert, die mittlere für führerscheinfreie Mopedautos aus Portugal. Die linke Spur ist zur Gänze gesperrt, damit Brüsseler Bürokratenbonzen, wenn sie in Österreich nach dem Rechten sehen, stets freie Fahrt zum Flughafen haben. Sollten Verkehrsstrafen anfallen, sind diese nach Brüssel zu überweisen und dort für den Betrieb einer Drei-Hauben-Kantine für die Brüsseler Bürokratenbonzen zweckzuwidmen.

Art. 298 (1): Wo ist dieses Österreich überhaupt?

Das Informationsdefizit. Daran liegt es, hören wir immer wieder. Wobei, es zu beheben, könnte eine Aufgabe sein, an der auch der Koloss von Rhodos scheitern müsste. Vergangene Woche gab es eine eher unernste, also mir völlig fernliegende Straßenumfrage der Kollegen von Ö 3 zum Thema Griechenland. Die gestellte Frage lautete:

Wie ist denn der Umrechnungskurs vom österreichischen Euro zum griechischen Euro?

Eine Antwort lautete: Ungefähr 1: 1,40.

Ein anderer roch den Braten und antwortete gewitzt: Das ist jetzt eine Fangfrage, gell? Die Griechen haben ja gar keinen Euro.

Unlängst wurde vom österreichischen Außenminister..., ding, äh..., na, das ist mir jetzt peinlich, man hört ja eh so viel von ihm... also vom Außenminister halt die Idee ventiliert, zur flächendeckenden Vermittlung dessen, was denn die EU so ist und tut, lokale Politiker vor Ort einzusetzen. Es sollte in jeder Gemeinde einen EU-Gemeinderat geben, der die Aufgabe hat, Brüssel näher an St. Vinzenz am Blasenstein heranzurücken.

Ja. Eh. Das ist ein hoch ehrenwertes Vorhaben. Auch in normaleren Zeiten, in denen nicht gerade ein EU-Land bankrott geht.

„Du, Huberbauer?“

„Jo.“

„I warat da neiche EU-Gemeinderat.“

„Jo.“

„Woaßt scho, was de i Brissel droben gestern wieder beschlossen ham?“

„Na.“

„Die neue Richtlinie 2000/14/Eg des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über umweltbelastende Geräuschemissionen von zur Verwendung im Freien vorgesehenen Geräten und Maschinen. No, was sagt's?“

„Scheiß-EU!“

Es ist ja aber nun so, dass nicht nur seitens der Österreicher ein gewisses Informationsdefizit hinsichtlich der EU besteht, sondern auch umgekehrt. Die EU weiß einfach zu wenig über uns und geht demzufolge auch viel zu wenig auf unsere Bedürfnisse ein. Das ist allerdings wirklich keine Bringschuld von uns sondern eine Holschuld der Brüsseler Bürokratie, die ja wie man weiß sonst eh nichts anderes zu tun hat.

Die Fakten liegen nämlich seit geraumer Zeit empirisch abgesichert auf dem Tisch.

Vor einigen Jahren erstellte das „National Opinion Research Center“ der Universität Chicago die weltweit bisher umfassendste Studie über den Nationalstolz verschiedener Staatsangehöriger. 30.000 Menschen in 23 Ländern wurden zwei Fragengruppen vorgelegt.

In einer ging es um den Stolz auf besondere Leistungen des Heimatlandes. Hier zeigten sich die Iren führend, die vor allem ihre Könner in Sport und Kunst lobten. An zweiter Stelle folgten die Bürger der USA, besonders angetan von ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht – die Umfrage war schon vor der Subprime-Krise – und die drittplatzierten Kanadier betonten vor allem, ihre demokratischen Werte zu schätzen.

In der zweiten Kategorie ging es um allgemeinen, abstrakten Stolz, den man mit wirklich subtilen Fragen zu ergründen suchte:

„Wäre die Welt besser, wenn alle so wären wie Sie?“

Oder: „Ist Ihre Nation besser als andere?“

Sie ahnen, was jetzt kommt: 90 Prozent der Österreicher beantworteten diese Fragen mit ja.

Nachdem sich nicht einmal die diesbezüglich prinzipiell schwer verdächtigen Amerikaner von der quasi naturrechtlichen Überlegenheit ihrer glorreichen Nation dermaßen überzeugt zeigten, ergab das überlegen Platz eins für Österreich.

Was für ein Sieg!

Der Österreicher ist also stolzer auf die von ihm selbst eher schwer zu beeinflussende Leistung, innerhalb bestimmter Staatsgrenzen geboren worden zu sein, als jede andere Nationalität der Erde.

Er preist an sich selbst nicht etwa irgendwelche besonderen Errungenschaften, die er der Welt präsentieren könnte. Die haben ja meist ohnehin keinen Ewigkeitswert. Kaum hat man etwas geleistet, kommt ein anderer daher, der es besser macht und einem die Show stiehlt.

Dem stellt der Österreicher das nicht schlagbare, nicht einmal von den Japanern zu kopierende Österreichertum gegenüber. Er bringt sich sozusagen ganzheitlich ins Weltkulturerbe ein, seine schiere Existenz ist Leistung genug.

Schon die Produktion eines neuen Österreichers ist ein Ereignis, von dem der Rest der Welt ungeheuer profitiert!

Deshalb sollte ja das Kindergeld eigentlich auch von der UNESCO bezahlt werden – denn von der EU können wir als ausgebeutete Nettozahler diesbezüglich ja wieder einmal nichts erwarten.

Problematisch ist allein, dass die Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen aus einer Ansammlung von Ignoranten

besteht, die das alles nicht wissen. Weil ja schon Österreichs Existenz in aller Regel nur marginal wahrgenommen wird.

Bedenken wir doch einmal, womit Österreich in den letzten Jahren denn so die Aufmerksamkeit der Weltpresse erlangt hat. Da war einmal der Brand der Kitzsteinhorn-Seilbahn. Dann die Regierungsbeteiligung der FPÖ mit den darauf folgenden Sanktionen. Und dann die Fälle Natascha Kampusch und Josef Fritzl. Und dann vielleicht noch Hermann Maiers Kapitalsturz bei den Olympischen Spielen in Japan.

Also stehen wir auf einen kurzen Nenner gebracht so da: Ein reaktionäres und ausgesprochen kinderliebendes Bergvolk, mit sehr gut ausgebauten Kellern, das, sofern es die Fahrt auf die Piste überlebt, dort stürzen kann wie kein zweites.

Und das dann auf die Frage: „Wäre die Welt besser, wenn alle so wären wie sie?“ mit einem lauten JA! antwortet.

Wenn sich die EU endlich dazu durchränge, einen eigenen Österreicher-Versteher-Kommissar zu schaffen, dann würde die Geschichte ja vielleicht anders aussehen. Aber so.

So verharren wir im Zustand des Unverständnisses. Unverständnis in Wien, Unverständnis in Brüssel. Jetzt aber auch, ganz akut, Unverständnis in Berlin und Unverständnis einer gänzlich anderen Art in Athen. Unverständnis allenthalben.

Wie gesagt, wir feiern heute praktisch den 60. Geburtstag der EU. Die ausgelassene Feierlaune mag sich aber verständlicherweise nicht so recht einstellen.

Die Familie sitzt rund um den Tisch, jeder weiß über jeden was, der eine ist ein Nasenbohrer, der andere ein Betrüger, wieder eine andere eine Besserwisserin und drei, vier andere sind einfach nur peinlich – und eigentlich gehen einander alle so richtig auf die Nerven.

Aber, sind wir uns ehrlich: Ist das nicht in jeder guten Familie so?